

PHILIPPINEN

NACHRICHTEN

Weltbank: Armut größer als je zuvor

"Es gibt heute mehr arme Menschen in den Philippinen als je zuvor in der jüngeren Geschichte; sowohl in relativem als auch in absolutem Sinne hat sich die Situation in den letzten drei Jahrzehnten verschlechtert." Zu dieser Feststellung ist die Weltbank kürzlich in einem vertraulichen, internen Bericht mit dem Titel "Die philippinische Armut: Was getan werden kann" gekommen. Nach den Informationen der Weltbank leben etwa 30 Millionen der insgesamt 56 Millionen Philippinos im Zustand "absoluter Armut, in dem Sinn,

ringste Kalorienversorgung pro Kopf.

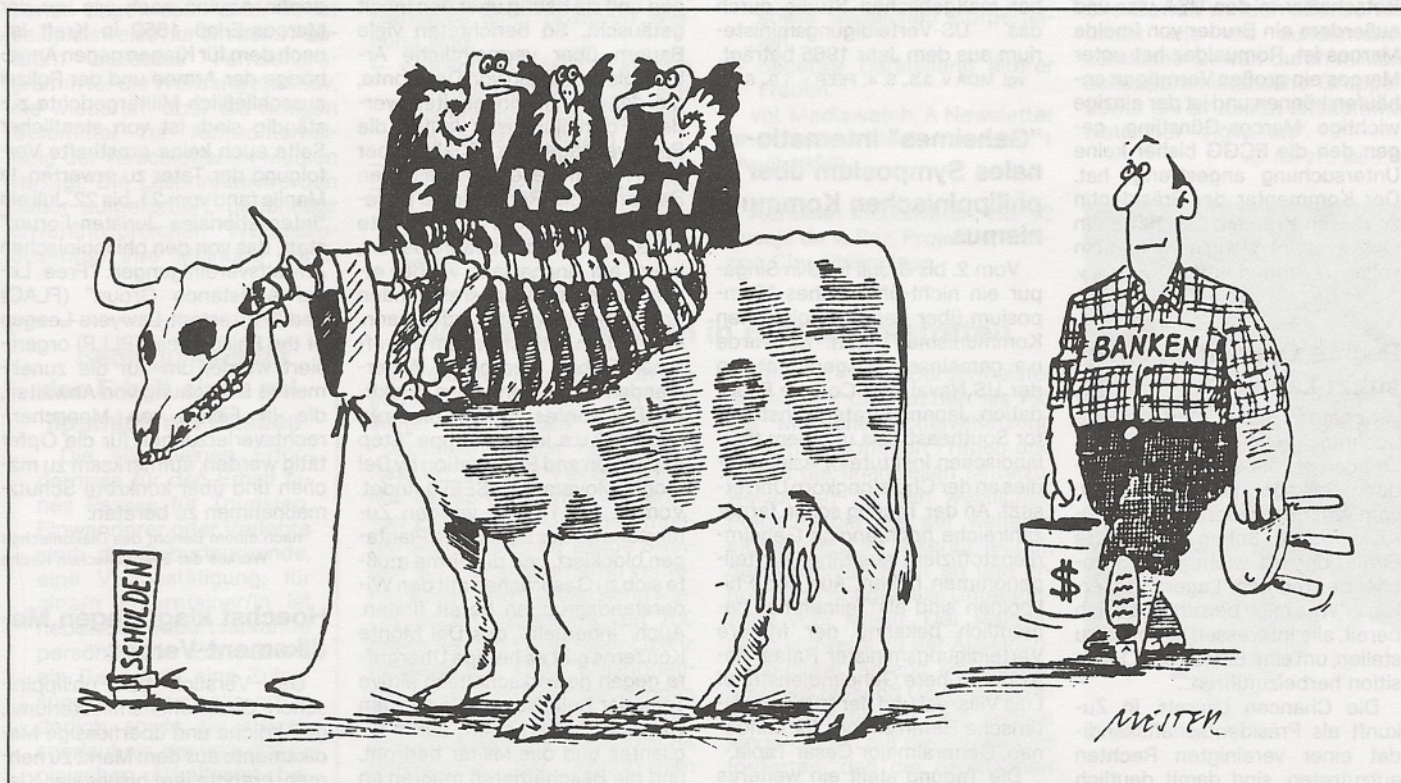
Am größten ist die Armut auf dem Land. Fast die Hälfte der ärmsten ländlichen Haushalte findet sich unter den Reisbauern, gefolgt von den Maisbauern. In Manila leben nach dem Bericht rund 1,5 Millionen Familien unterhalb der Armutsgrenze, in anderen städtischen Gebieten soll die Lage eher noch schlechter sein. "Die städtischen Armen außerhalb von Metro Manila befinden sich in einer schlechteren Lage unter den Gesichtspunkten des Einkommens, der offenen Arbeitslosigkeit, der Bildungsmöglichkeiten, der Gesundheitsversorgung und der Versorgung mit Wohnmöglichkeiten".

tums wäre danach nicht hinreichend, um die Armut wesentlich zu reduzieren. "... sogar mit einem konstanten Wachstum des Bruttosozialprodukts von 6 % jährlich würde es bis 1992 dauern, bevor das Pro-Kopf-Einkommen wieder den Stand von 1982 erreicht hätte." Schlimmer noch: "Selbst wenn eine sechsprozentige Wachstumsrate (für den Zeitraum bis 2000) erreicht werden könnte, würden die Real-löhne um etwa 3 % fallen".

Der Bericht enthält ferner eine grundsätzliche Kritik an der bisherigen Industrialisierungspolitik auf den Philippinen seit 1971 – wobei hier angemerkt werden muß, daß diese Politik maßgeblich von der Weltbank selbst ent-

worfen und vorgegeben worden ist. Diese Politik hätte es lediglich erreicht, kleine Inseln der Hochtechnologie zu schaffen, die von hoher Kapitalintensität gekennzeichnet seien – Kapital, das dann für die eigentliche, breit angelegte Entwicklung des Landes nicht mehr zur Verfügung steht. Der Bericht insgesamt scheint in doppelter Hinsicht bemerkenswert: für die Verhältnisse der Weltbank schildert er die soziale Lage, des Landes recht ungeschminkt und verweist deutlich auch auf Verantwortlichkeiten der Regierung Aquino; ferner bestätigt er – zumindest indirekt – die Kritiker der bisherigen Weltbankpolitik in drastischer Weise.

vgl. FEER v. 18.8., S. 34



daß sie ein Einkommen haben, was sie nicht in die Lage versetzt, ihre einfachsten Grundbedürfnisse zu befriedigen". Seit 1960 sind nach den Feststellungen des Berichtes die Reallöhne im Land konstant gesunken und in den letzten 10 Jahren sind u.a. dadurch rund 12 Millionen Menschen unter die absolute Armutsgrenze gedrückt worden. Dabei stellt sich die Situation des Landes auch im Vergleich zu anderen Ländern der Dritten Welt besonders schlecht dar: "Andere Länder mit einem ähnlichen Pro-Kopf-Einkommen haben nicht einen so hohen Anteil Bevölkerung, der in Armut lebt", merkt die Bank dazu an. Unter den ASEAN-Ländern z.B. haben die Philippinen danach den höchsten "Grad an Armut" und die ge-

Als Ursachen der Armut nennt die Weltbank u.a. die ungleiche Verteilung von Besitz, den Mangel an neuen Arbeitsplätzen und das schnelle Bevölkerungswachstum". Auch die Steuerpolitik der Regierung wird angegriffen. Danach müssen die armen Familien rund 27 % ihres Einkommens als Steuern an den Staat abführen, Familien mit höherem Einkommen dagegen nur etwa 18%. Hinzu kommt daß die philippinische Regierung "weniger als die Hälfte dessen für soziale Leistungen verwendet, was andere Länder mit vergleichbarem Entwicklungsgrad dafür verwenden."

Die Zukunftsperspektiven des Berichtes sind entsprechend düster. Selbst eine längere Periode großen wirtschaftlichen Wachs-

Korruption in der Anti-Korruptionskommission

Die erste offizielle Handlung von Corazon Aquino als Präsidentin bestand darin, mit dem präsidentialen Erlaß Nr. 1 die "Presidential Commission on Good Government" (PCGG) zu schaffen, die die Bereicherung und Korruption unter dem verjagten Marcos aufdecken sollte. Am 8. Juli ist es nun um die Anti-Korruptionskommission zum offenen Skandal gekommen. Auf einer Pressekonferenz verlangte der Generalstaatsanwalt Francisco Chavez den Rücktritt des PCGG-Vorsitzenden Ramon Diaz und drei weiterer Kommissionsmitglieder u.a. wegen lang erwiesener Inkompetenz und des Verdachtes der Korruption.

Chavez legte eine Liste von "Unregelmäßigkeiten" in 7 Firmen früherer "Marcos-Cronies" vor, die von der Kommission beschlagnahmt worden waren, und forderte die Präsidentin auf zu handeln.

Diaz ging daraufhin zum Gegenangriff über. Er warf Chavez "unethisches" Verhalten vor und verlangte seinerseits dessen Rücktritt. Außerdem entließ er das Kommissionsmitglied Jose Laureta. Dieser war früher Partner in der Anwaltskanzlei von Chavez gewesen und wurde deshalb jetzt "verdächtig", den Generalstaatsanwalt mit Informationen aus der Kommission versorgt zu haben. Die Reaktion von Präsidentin Aquino war bemerkenswert: Am 9. August versuchte sie in einem Gespräch im Prä-

NACHRICHTEN

sidentenpalast Chavez und Diaz zu bewegen, "ihren" Konflikt beizulegen. Erst als dies nicht gelang, beurlaubte sie am 12. August beide für unbegrenzte Dauer, ein Vorgang, der in der Öffentlichkeit als Signal an beide gewertet wurde, zurückzutreten. Diaz reichte auch einen Tag später seinen Rücktritt ein, den die Präsidentin dann am 19. Juli annahm. Zum neuen Vorsitzenden der PCGG ernannte sie dann ihren Berater in Gesetzesfragen Adolfo S. Azcuna, der sofort eine Untersuchungskommission zur Überprüfung der Vorwürfe bildete.

Auch gegen Azcunas Ernennung wurde sehr schnell Kritik laut. Er arbeitete früher eng mit Benjamin "Kokoy" Romualdez zusammen, der immerhin Marcos Botschafter in den USA war und außerdem ein Bruder von Imelda Marcos ist. Romualdez hat unter Marcos ein großes Vermögen anhäufen können und ist der einzige wichtige Marcos-Günstling, gegen den die PCGG bisher keine Untersuchung angestrengt hat. Der Kommentar der Präsidentin zu diesen Kritiken: "Ich hätte ihn nicht ernannt, wenn er nicht mein volles Vertrauen hätte". vgl. AW v. 29.7.

Rechte Opposition unterstützt Laurel

Senator Enrile und andere hochrangige Politiker der rechten Opposition haben die Entscheidung Salvador Laurels begrüßt, vom Amt des Vizepräsidenten zurückzutreten. Schon zuvor hatte Enrile, der als wichtigster Sprecher des rechten "Lagers" gilt, erklärt: "Was mich betrifft, so bin ich bereit, alle Interessen hintenan zu stellen, um eine Einheit der Opposition herbeizuführen..."

Die Chancen Laurels, in Zukunft als Präsidentschaftskandidat einer vereinigten Rechten aufzutreten, sind damit deutlich gestiegen. vgl. MDA v. 16.8.

Stützpunktgespräche mit den USA fortgesetzt

Die wegen der "Unbeweglichkeit" der amerikanischen Delegation von der philippinischen Seite unterbrochenen Gespräche über die US-Militärstützpunkte sind nun ebenfalls auf Initiative der philippinischen Seite wiederaufgenommen worden.

Die philippinische Delegation verlangt bisher für die verbleibenden zwei Jahre des Stützpunktabkommens eine Vergütung durch die USA von rund 1,2 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Die amerikanische Seite soll dagegen bisher nur rund 1,04 Milliarden angeboten haben, wobei dieser Betrag die 500 Millionen US-Dollar, die den 17.000 Arbeitern auf allen

amerikanischen Militäreinrichtungen im Land als Lohn gezahlt wurden, beinhaltet, ferner sollten die amerikanischen Einkäufe von Landesprodukten auf ihn angerechnet werden. Über eine wesentliche Veränderung der entgegengesetzten Verhandlungspositionen nach der Wiederaufnahme der Gespräche ist bisher nichts bekannt geworden. Allerdings soll das US Pacific Command eine bislang geheimgehaltene Untersuchung über eine mögliche Verlagerung wesentlicher Versorgungseinrichtungen aus den Philippinen vorgelegt haben. Diese Studie soll von Verlagerungskosten in einer Größenordnung von etwa 5 Milliarden US-Dollar ausgehen, was nur noch die Hälfte der Schätzungen einer wohl bisher maßgeblichen Studie durch das US-Verteidigungsministerium aus dem Jahr 1985 beträgt.

vgl. MDA v. 3.8., S. 4; FEER v. 1.9., S. 10

"Geheimes" internationales Symposium über philippinischen Kommunismus

Vom 2. bis 8. Juli fand in Singapur ein nicht-öffentliches "Symposium über den philippinischen Kommunismus" statt. Es wurde u.a. gemeinsam ausgerichtet von der US Naval War College Foundation, Japans Strategic Institute für Southeast Asia und dem thailändischen Institute of Asian Studies an der Chulalongkorn Universität. An der Tagung sollen ferner zahlreiche hochrangige Geheimdienstoffiziere aus Singapur teilgenommen haben. Aus den Philippinen sind als Teilnehmer namentlich bekannt: der frühere Verteidigungsminister Rafael Iletto, der frühere Geheimdienstchef Luis Villareal und der frühere militärische Befehlshaber für Mindanao, Generalmajor Cesar Tapia.

Die Tagung stellt ein weiteres Glied in der Kette der Bemühungen um eine Internationalisierung der Politik der "inneren Sicherheit" im ASEAN-Raum dar und zeigt, welche Aufgaben dem gerade gegründeten ASEAN-Institut für strategische Studien (siehe Südostasien-Nachrichten in dieser Ausgabe) wohl zukünftig zu kommen werden.

vgl. FEER v. 28.7., S. 11

Del Monte in Terror auf Mindanao verwickelt

Seit Ende März dieses Jahres hat die "Philippine Packing Corporation" (PPC), eine Tochterfirma des US-amerikanischen multinationalen Konzerns Del Monte, erneut begonnen, ihre Ananasplantagen im Bezirk Impasungong/Bukidnon auf Mindanao zu vergrößern. Zwar dürfen ausländi-

sche Firmen nach dem Landreformgesetz der philippinischen Regierung "nur" 1024 ha an Land besitzen, PPC hat jedoch durch Anpachten weiteren Landes fast 25000 ha unter Kontrolle. So wurde ein großes Landgebiet von der philippinischen "Nationalen Entwicklungsgesellschaft" zu äußerst vorteilhaften Bedingungen gepachtet. Außerdem beschaffte sich PPC seit Anfang der achtziger Jahre durch aggressive Maßnahmen Land von Kleinbauern. Land von Bauern, die nicht verpachten wollen, wird mit Bulldozern willkürlich umgepflügt, so daß es für mehrere Jahre für den üblichen Maisanbau kaum noch nutzbar ist. Dann werden den Bauern sprachlich komplizierte englische Verträge aufgezwungen und sie häufig über den Inhalt getäuscht. So berichteten viele Bauern über vermeintliche Arbeitsplatzzusagen von Del Monte, die dann nicht eingehalten werden. Formaljuristisch laufen die Pachtverträge über 10 Jahre, aber nach Ablauf dieser Zeit bleibt den Bauern in der Regel nichts anderes übrig, als erneut an Del Monte zu verpachten, da es Jahre dauert, bevor an Ananasland wieder etwas anderes mit ausreichenden Erträgen angebaut werden kann. Inzwischen hat sich in dem betroffenen Gebiet eine breite Widerstandsfrente gegen diese Praktiken Del Montes gebildet, die ihren Ausdruck u.a. in der Gruppe "Stop Expansion and Exploitation by Del Monte Movement" (SEED) findet. Vom 7. bis 11. Juli wurden Zufahrtswege der Del Monte Plantagen blockiert, und die Firma mußte sich zu Gesprächen mit den Widerstandsgruppen bereit finden. Auch "innerhalb" des Del Monte Konzerns gibt es heftige Übergriffe gegen gewerkschaftlich aktive Teile der Belegschaft. So wurden Gewerkschafter(innen) durch Vigilantes und das Militär bedroht, und die Beschäftigten mußten an sogenannten Anti-Kommunismus-Versammlungen teilnehmen.

nach Berichten des Food First Information and Action Network (FIAN)

Ermordung von Menschenrechtsanwälten

Fünf führende Menschenrechtsanwälte wurden seit Oktober 1987 ermordet, viele andere mit dem Tod bedroht. David Bueno wurde am 22. Oktober 1987 getötet, Vicente Mirabueno am 6. Februar 1988, Ramos Cura am 18. Juni, Alfonso Surigao am 24. Juni und Emmanuel Mendoza am 1. Juli. Damit sind unter der relativ kurzen Präsidentschaft Corazon Aquinos mehr Anwälte ums Leben gekommen als in der gesamten Marcos-Zeit. Bis jetzt wurde erst einer der Täter ermittelt und

PHILIPPINEN

zwar der Mörder von Alfonso Surigao, der ein Geständnis abgelegt hat. Er nannte zwei Mittäter, von denen einer ein örtlicher Polizist ist, und hat außerdem angegeben, von einem Major der Armee zu der Tat angestiftet worden zu sein und von ihm dafür 500 Pesos (umgerechnet etwa 55 DM) erhalten zu haben. Der Major wurde daraufhin vom Dienst suspendiert und steht unter Arrest. In allen weiteren Fällen gibt es zwar eine Reihe von Zeugen, die sich jedoch bei den offiziellen Ermittlungen zu keinerlei Aussagen bereitfinden. Gegenüber anderen Anwälten gaben sie an, daß sie die Täter kennen, aber aus Angst nicht nennen, da sie aus dem Umfeld des Militärs und aus Vigilante-Gruppen stammen. Da auch unter Präsidentin Aquino nach wie vor der Marcos-Erlaß 1850 in Kraft ist, nach dem für Klagen gegen Angehörige der Armee und der Polizei ausschließlich Militärgerichte zuständig sind, ist von staatlicher Seite auch keine ernsthafte Verfolgung der Täter zu erwarten. In Manila fand vom 21. bis 22. Juli ein "internationales Juristen-Forum" statt, das von den philippinischen Anwaltsvereinigungen "Free Legal Assistance Group" (FLAG) und "Protestant Lawyers League of the Philippines" (PLL) organisiert wurde, um auf die zunehmende Bedrohung von Anwälten, die in Fällen von Menschenrechtsverletzungen für die Opfer tätig werden, aufmerksam zu machen und über konkrete Schutzmaßnahmen zu beraten.

nach einem Bericht des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche

Hoechst klagt gegen Medikament-Verbot

Der Versuch des philippinischen Gesundheitsministeriums, gefährliche und überflüssige Medikamente aus dem Markt zu nehmen, brachte ihm bisher vier Klagen durch pharmazeutische Unternehmen ein. Eins davon ist die bundesdeutsche Firma Hoechst. Sie will das umstrittene Medikament "Baralgin" nicht zurückziehen. Allerdings wird Hoechst eine Begründung für diese Haltung schwer fallen, nachdem die Firma es in der BRD bereits – vor einem drohenden Verbot – freiwillig vom Markt genommen hat. Auch mehrere US-Senatoren sind für amerikanische Pharmakonzerne in diesem Zusammenhang als Lobbyisten tätig geworden und haben von Präsidentin Aquino die Überprüfung eines entsprechenden Gesetzentwurfes über die Auszeichnung der Wirkung und Folgen von Medikamenten auf Verpackungen aufgefordert, da sonst US-Investitionen im Arzneimittel-sektor fraglich würden.

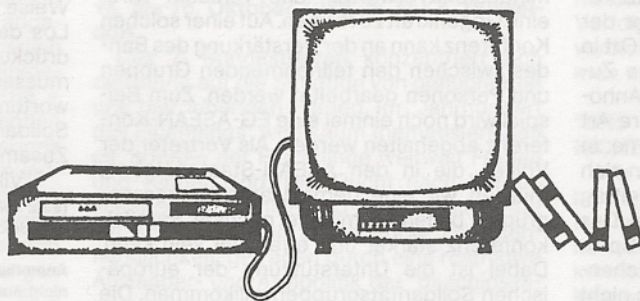
vgl. Pharma Brief, Juli; Philippinen Forum Nr.3x

PHILIPPINEN

NACHRICHTEN

Bewußter Umgang mit Medien

Den Medien die Meinung sagen, das ist das Prinzip des Mediawatch-Kollektivs, einer Frauengruppe, die im April dieses Jahres ihren ersten Rundbrief, den "Mediawatch", herausgegeben hat. Ihr Ziel ist es, der bisherigen passiven, einseitigen Beziehung zwischen Medien und ZuschauerInnen ein aktives, kritisches Konsumentenbewußtsein entgegenzusetzen. Sie wollen zeigen, daß nicht nur diejenigen, die eine Zeitung kaufen oder eine Fernsehsendung anschauen, von den Medien abhängen, sondern auch die Medien ihrerseits auf eine möglichst zahlreiche Beachtung ihrer Produktionen angewiesen sind. So ist beispielsweise nur ein beim Publikum beliebtes Fernsehprogramm für die Werbung attraktiv, die wiederum über die nötigen Geldmittel zur Aufrechterhaltung der verschiedenen Medien verfügt. Die LeserInnen werden daher aufgefordert, gegenüber unverantwortlichen Werbeproduzenten ihre Meinung durch



Beschwerdebriefe oder Boykott der Produkte zu äußern. Der Rundbrief geht selbst mit gutem Beispiel voran und analysiert verschiedene Werbespots. Gute Produktionen werden dabei den schlechten gegenübergestellt. Merkmale einer positiven Werbung sind:

- weibliche Modelle in aktiven, nichttraditionellen, das Rollenstereotyp durchbrechenden Tätigkeitsfeldern
- Männer als fürsorgliche Väter
- eine möglichst realistische Darstellung von Eigenheiten der philippinischen Lebensweise

- eine möglichst geringe Übertreibung der Werbeaussage.

Negativ werden dagegen bewertet:

- Rollenstereotype - sexistische Abbildung von Frauen sowie weiblichen Körperteilen
- negative Darstellung älterer Frauen.

vgl. Mediawatch. A Newsletter on Women & Media Vol. 1, No. 1 (April 1988)

Adresse: Mediawatch, No. 12 Pasaje de la Paz, Project 4, Quezon City, Philippinen

Tribunal gegen Frauenrechtsverletzungen

Am 22. März 1988 wurde das erste internationale Tribunal zu Frauenrechtsverletzungen in den Philippinen abgehalten. "Wir, die RichterIn, Nandita Haksar (Indien) und acht Mitglieder der Internationalen Frauenjury (Japan, BRD, Niederlande, USA, Philippinen), befinden die Regierung der Präsidentin Cory Aquino für schuldig, in großem Maßstab und systematisch Menschenrechtsverletzungen an philippinischen Frauen zu verüben." Die sexuelle Ausbeutung durch den vom Staat geförderten Sextourismus und der daraus resultierende Frauenhandel wie auch die permanente häusliche Gewalt werden ebenso verurteilt wie die zunehmende staatliche Gewalt durch militärische, paramilitärische Gruppen, sowie die Brutalität antikommunistischer "Vigilantes".

vgl. NM 27.7.88, S. 39

Bedingungen für den Erhalt eines philippinischen Passes

Die allgemeinen Erfordernisse für den Erhalt eines Passes für Touristen, Einwanderer oder Verlobte sind: die Geburtsurkunde, eine Visabestätigung; für eine/n Enterntainer/in ist neben der Geburtsurkunde persönliches Erscheinen, ein Gespräch, eine Zulassung als Künstler/in erforderlich, sowie die Ausreiselerlaubnis, der vom philippinischen Arbeitsamt bestätigte Arbeitsvertrag für Übersee und eine Unbedenklichkeitserklärung des Außenministeriums.

Zusätzliche Dokumente sind u.a. in folgenden Fällen erforderlich:

- als verheiratete Frau, die Heiratsurkunde;
- als Student/in, die Bestätigung der Aufnahme an einer ausländischen Schule/Universität sowie ein persönliches Gespräch;
- als Touristin im Alter von 16 bis 29 Jahren, ein persönliches Gespräch, das Flugticket oder die Buchungsbestätigung und eine Unbedenklichkeitsbestätigung des Außenministeriums.

vgl. NM 24.8.88, S.41

Motive für Razzien in Ermita umstritten

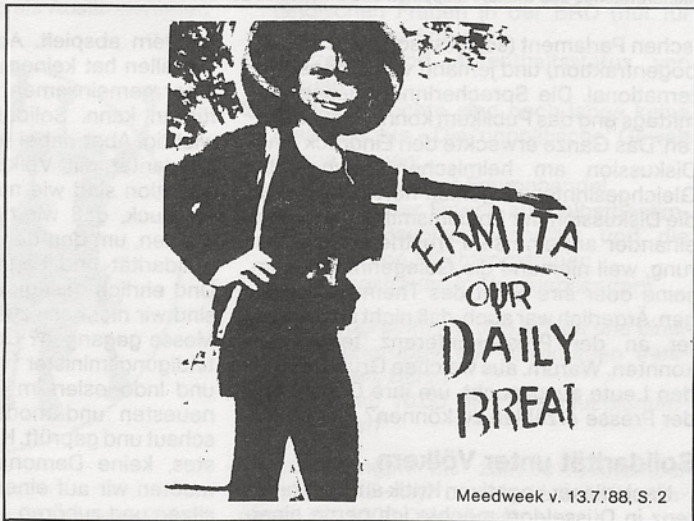
Bereits seit März wird von Brigadegeneral Alfredo Lim und seiner Truppe des westlichen Polizeidistrikts mit nächtlichen Razzien das Bar-Viertel Ermita, Manila, durchkämmt. Tausende von Frauen und Mädchen mußten sich bereits für einige Stunden auf Polizeiquartieren verhaften lassen und wurden dann wieder gegen Bezahlung von 200 Pesos für den Erhalt einer Lizenz freigelassen. Trotz dreimonatiger intensiver Durchsuchungen ist immer noch keine Anklage gegen Zuhälter oder ausländische Barbesitzer, der eigentlichen Zielgruppen im Rahmen der Verbrechensbekämpfung, ergangen.

Brig.-General Lim wird vorgeworfen, er wolle mittels der Razzien die Barbesitzer weichkochen, um im Falle von Schmiergeldzahlungen diese Maßnahmen wieder einzustellen. Lim begegnet diesen Sensationsmeldungen in der Presse damit, daß er doch immerhin 300 Objekte zur Schließung empfohlen habe und mittlerweile 2.200 Fälle vor Gericht anhängig seien. Andere vermuten, daß eine Anzahl reicher Geschäftsleute im Hintergrund diese Razzien mit Schmiergeldern forciert haben, um bei möglicher Geschäftsaufgabe der Bars an billigen Baugrund für Hochhausprojekte in dem zentral gelegenen Stadtteil Ermita zu kommen.

Stadtrat und Bürgermeister betrachten die Razzien als Akt der Menschenrechtsverletzung an den betroffenen Frauen und haben die finanziellen Mittelzuweisungen für den westlichen Polizeidistrikt bis auf weiteres eingestellt. Lim erkennt jedoch den Beschluß nicht an und erhofft sich nötigenfalls Unterstützung vom Militär. Der Malacanang schweigt zu der Auseinandersetzung. Anfang Mai gingen mehrere tausend Go-Go-Tänzerinnen, Hostessen und andere junge Frauen auf die Straße und forderten, daß die nächtlichen Razzien eingestellt werden.

vgl. BP 10.6.88; NM 22.6.88, S.15ff.

Brig. General Alfredo Lim



Meedweek v. 13.7.'88, S. 2